

Bekanntmachung

über Rübensaft. Vom 6. Juli 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Rübensaft (Rübenkraut, Rübenkraute) darf nur mit Genehmigung der Kriegs-Rübensaftgesellschaft m. b. H. in Berlin abgesetzt werden.

Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen; er kann Bestimmungen darüber treffen, was als Rübensaft im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 2. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können anordnen, daß die Vorchrift des § 1 auf Hersteller von Rübensaft, deren Jahresherstellung nicht mehr als 100 Doppelzentner beträgt, keine Anwendung findet.

§ 3. Wer der Vorchrift des § 1 Absatz 1 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 20. Juli 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Berlin, den 6. Juli 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich

Bekanntmachung

zur Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit Desfrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915. (Reichs-Gesetzbl. S. 438). Vom 26. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1. In der Verordnung über den Verkehr mit Desfrüchten usw. vom 15. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im § 1 Absatz 1 ist hinter das Wort „Nahrung“ einzufügen: Sonnenblumen, Senf (weißem und braunem).

Der Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Dies gilt nicht:

1. für die zur Befüllung des Landwirtschaftsbetriebes der Versorgungspflichtigen erforderlichen Vorräte (Saatgut);
2. für die zur Herstellung von Nahrungsmitteln in der Hauswirtschaft des Versorgungspflichtigen erforderlichen Mengen, jedoch für nicht mehr als 30 Kilogramm. Die zur Herstellung von Nahrungsmitteln von dem Versorgungspflichtigen zurückgehaltenen Mengen dürfen von den Mühlen nur bei Vorlegung und Abnahme eines Erlaubnissscheines zur Verarbeitung angenommen werden. Die Erlaubnissscheine stellt die Ortsbehörde aus; sie sind der Ortsbehörde alldieudentlich zurückzustellen;
3. bei Vorräten für Vorräte, die in der Hand desselben Eigentümers fünf Doppelzentner nicht übersteigen. Betragen die Vorräte mehr als fünf Doppelzentner, so dürfen davon bis zu fünf Doppelzentner zurückgehalten werden.

Im § 2 Abs. 1 Satz 2 sind die Worte: „erstmalig jedoch am 1. August 1915“ zu streichen. Der Absatz erhält folgenden Zusatz:

Außerdem sind die am 1. August 1916 vorhandenen Vorräte bis 5. August 1916 anzugeben.

Im Absatz 2 sind die Worte: „Nr. 2 bis 5“ zu streichen. Der Absatz 3 fällt weg.

Im § 3 Abs. 2 ist als Preis für Mohn statt 80 Mk. 85 Mk. einzufügen. Am Schlusse der Preisaufstellung ist anzufügen: bei Sonnenblumenkernen 45,00 Mark bei Senfsaat 50,00 Mark.

Als Absatz 3 wird eingefügt:

Für die Desfrüchte aus der Ernte 1917 werden die Preise um je ein Sechstel erhöht.

Der Absatz 3 wird Absatz 4 und erhält folgende Fassung:

Die Preise verstehen sich für Lieferung frei nächster Bahnstation des Versorgungspflichtigen. Dem Versorgungspflichtigen ist das durch vereidigte Vermieger auf der Empfangsstation festgestellte Gewicht zu bezahlen; bei Aufgabe von Stückgut ist das vom Beauftragten des Kriegsausschusses bei der Lieferung auf der Desfrühwage festgestellte Gewicht maßgebend. Der Versorgungspflichtige hat die Desfrüchte bis zur Abnahme aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Den Versorgungspflichtigen sind diejenigen gleichzusetzen, die Desfrüchte der genannten Art für Rechnung Dritter in Verwahrung haben.

Der § 7 erhält von Satz 3 an folgende Fassung:

Für die bei der Desgewinnung anfallenden Desfrüchte und Desfrüchte sind die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 23. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) maßgebend.

Landwirten oder Vereinigungen von Landwirten, welche

selbstgewonnene Desfrüchte abliefern, sind auf Antrag für den eigenen Bedarf auf je 100 Kilogramm Desfrüchte bis zu 35 Kilogramm Desfrüchten von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zu liefern.

Desfrüchte und Desfrüchte, die aus den den Erzeugern belassenen Mengen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2, 3) entfallen, verbleiben den Erzeugern.

Im § 10 ist bei Nr. 3 in der Klammer statt „2“ zu setzen 4. Der Paragraph erhält folgenden Zusatz:

5. wer ohne Vorlegung und Abnahme des Erlaubnissscheines Desfrüchte zur Verarbeitung annimmt (§ 1 Abs. 2 Nr. 2).

Der § 11 erhält folgende Fassung:

Diese Verordnung findet auch Anwendung auf Desfrüchte, die aus dem Auslande einschließlic der besetzten Gebiete in das Reichsgebiet eingeführt worden sind oder eingeführt werden werden. Sie findet ferner Anwendung auf Desfrüchte, Sesam, Baumwoll- und Rizinusölen, Erdmandeln, Erdnüsse, Bucheckern, Sojabohnen, Mohnsaat, Illipe, Schi- und geröstete Kofosnüsse, Palmkerne und Kopro, die nach dem 20. Oktober 1915 aus dem Auslande eingeführt worden sind oder eingeführt werden werden.

Artikel 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Wortlaut der Bekanntmachung über den Verkehr mit Desfrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) nebst Nachträgen, wie er sich aus Artikel 1 dieser Verordnung ergibt, unter dem Tage dieser Verordnung im Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin den 26. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großbürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Nach § 1 Absatz 2 Ziffer 2 der obigen Bekanntmachung, in der früheren Fassung abgedruckt in Nr. 169 des Giesener Anzeigers vom 21. Juli 1915, dürfen die zur Herstellung von Nahrungsmitteln von den Versorgungspflichtigen zulässigerweise zurückgehaltenen Mengen von den Mühlen nur bei Vorlegung und Abnahme eines Erlaubnissscheines zur Verarbeitung angenommen werden. Die Erlaubnissscheine stellt die Ortsbehörde aus, sie sind der Ortsbehörde alldieudentlich zurückzustellen. Da Sie vorliegendenfalls als Ortsbehörde in Betracht kommen, empfehlen wir Ihnen, die Mühlen unter Hinweis auf die Strafbestimmungen § 10 Ziffer 5 entsprechend zu bedenken.

Gießen, den 5. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

über die Preise für Obst und sonstige Futterstoffe zum Brotauftrieb. Vom 10. Juli 1916.

Auf Grund des § 7 Absatz 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) sollte unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung über die Regelung der Preise für a) Buchweizen und Dinkel und deren Verarbeitung,

b) Gemüse und Obst, c) Obst und sonstige Futterstoffe zum Brotauftrieb vom 17. November 1915 werden die Groß-Kreisämter und in den Städten von mehr als 20 000 Einwohnern die Oberbürgermeister ermächtigt, in geeigneten Fällen, namentlich bei Ware, die aus dem Auslande eingeführt wird, Preise für den Verkauf von Obst festzusetzen, die die von dem Reichskanzler mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1915 festgesetzten übersteigen.

Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft.

Darmstadt, den 10. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Bomberg.

Bekanntmachung

Zu teilweiser Abänderung unserer Ausführungs-Bekanntmachung vom 15. Juni 1916 werden auf Grund des § 18 der Verordnung des Bundesrats vom 10. Juni 1916 über Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung (Reichs-Gesetzbl. S. 463) als zuständige Behörden im Sinne der §§ 12, 13 der Verordnung in den Städten von über 20 000 Einwohnern die Oberbürgermeister, in den übrigen Städten die Bürgermeister, sonst die Groß-Kreisämter bestimmt.*

Darmstadt, den 6. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Bomberg.

* Siehe Kreisblatt Nr. 64.

Bekanntmachung

zur Ausführung des § 11 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung.

§ 11 der Verordnung des Bundesrats vom 10. Juni 1916 in Verbindung mit der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni 1916 hat die Erwerbung von Web-, Wirk- und Strickwaren und aus ihnen gefertigten Erzeugnissen durch den Verbraucher in der Regel von der Abgabe eines Bezugsscheines abhängig gemacht, zu dessen Erlangung der Käufer die Notwendigkeit der Anschaffung auf Verlangen darzulegen hat. Von diesem Verlangen kann Abstand genommen werden, wenn die Vermutung für die Notwendigkeit spricht. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Fälle zu bestimmen, in denen diese Vermutung als gegeben angesehen werden kann, und auch sonst Grundsätze aufzustellen, nach denen die Notwendigkeit der Anschaffung beurteilt wird.

In Gemäßheit dieser Bestimmungen gibt die Reichsbekleidungsstelle nach Gehör ihres Beirats folgendes zur Nachachtung bekannt:

§ 1. Allgemeines.

1. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Bevölkerung der bürgerlichen Bevölkerung läßt sich ein allgemeiner Maßstab für den regelmäßigen Verbrauch von Kleidung und Wäsche aller Bevölkerungskreise nicht finden, und es sind darum auch Durchschnittszahlen nicht verwendbar; wohl aber kann bei zahlreichen Bevölkerungsklassen ein gewisser Mindestverbrauch an Wäsche und Kleidungsstücken zugrunde gelegt werden, dessen Deckung auf Antrag durch Erteilung eines entsprechenden Bezugsscheines ohne weiteres zugestanden werden kann, während die Notwendigkeit darüber hinausgehender Anschaffung darzulegen werden muß.

2. Hierbei wird bei dem erstmalig erfolgenden Ansuchen um einen Bezugsschein eine Festsetzung über die Vorräte des Ansuchenden zu erfolgen haben und nur da, wo Vorräte nicht vorhanden sind, die Bescheinigung in angemessenen Grenzen ohne weiteres erteilt werden können. Bei wiederholtem Ansuchen um Bescheinigung der Notwendigkeit der Anschaffung von Gegenständen derselben Art ist jedenfalls ein strengerer Maßstab anzulegen und die Frage des regelmäßigen Verschleißes zu berücksichtigen.

3. In der Regel werden die persönlichen Verhältnisse des einzelnen den wichtigsten Anhalt für die Entscheidung über die Notwendigkeit der Anschaffung zu bilden haben, wobei in erster Linie die berufliche Beschäftigung des Ansuchenden maßgebend sein wird, dergefall, daß Angehörigen von Berufen, bei denen der Verschleiß von Kleidung und Wäsche verhältnismäßig groß ist, deren Bezug in entsprechend größeren Mengen oder in kürzerer Zeitfolge zu bewilligen sein wird, als Angehörigen von Berufen, in denen ein solcher rascher Verschleiß nicht eintritt, oder bei denen anzunehmen ist, daß sie für längere Zeit ausreichende Vorräte an Wäsche und Kleidung besitzen.

4. Auch wird es nach Befinden angezeigt erscheinen, wohlhabendere Kreise der Bevölkerung auf die feiner Regelung unterworfenen Turnusartikel (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni 1916) zu verweisen, um so den Verbrauch der übrigen Waren zu verlangsamen.

5. Soweit der Antrag von einer dritten Person in Vertretung oder im Auftrage des Verbrauchers gestellt ist, kann in der Regel von Erörterungen des Vertretungs- oder Auftragsverhältnisses abgesehen werden. Eine Prüfung in dieser Beziehung soll nur bei Verdacht des Mißbrauchs erfolgen.

6. Den Behörden, öffentlichen und privaten Krankenhäusern und anderen Anstalten, deren Bedarf nach Anordnung des Reichskanzlers oder der Landeszentralbehörden von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll, dürfen Bezugsscheine nur von der Reichsbekleidungsstelle selbst, nicht durch andere Stellen ausgestellt werden.

§ 2. Besonderes über die Vermutung der Notwendigkeit der Anschaffung.

Die Vermutung für die Notwendigkeit der Anschaffung von gewissen Kleidungs- und Wäschestücken kann als gegeben angesehen werden:

- a) bei Gründung eines Haushaltes (§ 3);
- b) für Wöchnerinnen und Kinder (§ 4);
- c) bei Krankheiten und Todesfällen (§ 5);
- d) bei besonderen kirchlichen Feiern und Eintritt in einen Beruf (§ 6);
- e) in Bezug auf eine begrenzte Stückzahl von Wäsche und Kleidung derjenigen Bevölkerungskreise, bei denen anzunehmen ist, daß sie Vorräte an Wäsche und Kleidung über den regelmäßigen Bedarf hinaus nicht besitzen (§ 7).

§ 3. Bei Gründung eines Haushaltes.

Es kann während des Krieges nicht als angemessen erachtet werden, daß bei Gründung eines neuen Haushaltes die Ausstattung in der üblichen, oft auf ein Menschenalter berechneten Menge beschafft wird. Der junge Hausstand muß sich vielmehr während des Krieges zunächst mit einer geringeren Menge an Wäsche und Kleidung begnügen und einrichten und die vollständige Anschaffung der in Aussicht genommenen Einrichtungen bis nach Friedensschluß und Wiedereintritt normaler Zeiten verschieben. Wieviel dabei zugestanden werden kann, läßt sich nach den verschiedenen Gewohnheiten in den verschiedenen Teilen des Reichs nicht vollständig einheitlich ordnen. Man wird aber in der Regel

nicht über 20 Prozent der sonst üblich gewesenen Menge hinausgehen dürfen.

§ 4. Für Wöchnerinnen und Kinder.

Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni 1916 kann Säuglingswäsche und Säuglingsbekleidung überhaupt ohne Bezugsschein gekauft werden. Für die Wäsche und Kleidungsstücke, die für Wöchnerinnen sowie für Kinder bis zu 14 Jahren erforderlich sind, kann die Notwendigkeit der Anschaffung, wenn die Anträge sich in mäßigen Grenzen halten und die Annahme begründet erscheint, daß kein Luxus mit der Bekleidung der Kinder getrieben wird, ohne weiteres als gegeben angesehen werden.

§ 5. Bei Krankheiten und Todesfällen.

Bei Krankheiten und Todesfällen kann die Bescheinigung für Entnahme der notwendigen Wäschestücke beziehentlich der üblichen Trauerbekleidung ohne weitere Erörterung des Bedürfnisses erteilt werden, jedoch bezüglich der Trauerbekleidung nur in gewissem, dem gegenwärtigen Verhältnissen entsprechendem Maße.

§ 6. Besondere Kleidung für kirchliche Feiern und beim Eintritt in einen Beruf.

Für die bei der Konfirmation bezw. ersten H. Kommunion übliche Festkleidung sowie für die bei Eintritt in einen Beruf, in eine Anstalt oder Schule (Pension) notwendige Wäsche und Kleidung kann die Bescheinigung ohne besonderen Nachweis des Bedürfnisses in mäßigen Grenzen erteilt werden.

§ 7. Bei begrenzter Stückzahl von Wäsche und Kleidung minderbemittelter Bevölkerungskreise.

1. Für diejenigen Bevölkerungskreise, die nach ihren Einkommensverhältnissen und nach den örtlichen Gewohnheiten in der Regel Vorräte an Wäsche und Kleidung nicht besitzen, kann, soweit der erstmalige Antrag nur auf Erteilung des Bezugsscheines für ein oder zwei Wäschestücke derselben Gattung oder auf ein Stück Oberbekleidung derselben Art gerichtet ist, von einer weiteren Erörterung des Bedarfs abgesehen werden. Dasselbe gilt bezüglich eines zweiten oder dritten Antrages auf Erteilung des Bezugsscheines derselben Gegenstände, wenn nach der Beschäftigung des Antragstellers oder aus sonstigen Umständen anzunehmen ist, daß eine Notwendigkeit für den Ersatz dieser Stücke vorliegt.

2. An die Leitung von Betrieben oder ihnen angegliederten Volkshaus-Einrichtungen, die ihren Arbeitern oder Angestellten Arbeitskleidung (gegen Vergütung) liefern, kann die Bescheinigung unter Verzicht auf Erteilung der Bescheinigungsart und der Beschäftigungsdauer während des Krieges und mit Einhaltung einer sachgemäßen Sparmaßnahme ausgestellt werden, soweit nicht für diese Betriebe die Vorschriften in § 2 Ziffer 2 und 3 und § 16 der Bundesratsverordnung gelten.

§ 8. Beschaffung für Militärpersonen und Gefangene.

1. In betreff der Beschaffung von Wäsche für Militärpersonen ist davon auszugehen, daß Unteroffiziere (ausgenommen die in Ziffer 2 bezeichneten Klassen) und Mannschaften dienlich hinreichend mit Unterzeug versorgt werden, daß daher ein Bedürfnis zur eigenen Beschaffung nicht vorliegt. Wo dies im einzelnen Falle bestritten wird, ist durch Befragen der betreffenden Militärpersonen oder Vorlegung einer glaubhaften Versicherung des Bedürfnisses die erforderliche Unterlage für die Entscheidung zu beschaffen. Letzteres gilt auch für Bekleidung, die von Angehörigen an Gefangene in feindlichen Ländern geschickt werden soll. Bescheinigung für mehrere Militärpersonen oder ganze Truppendeile sind nicht auszustellen.

2. Da sich Offiziere, Sanitätsbeamte, Veterinärbeamte, Beamte, Beamtenstellvertreter, Musikmeister, Unterärzte, Unterbeamte, Zeugführer, Feuerwerks- und Festungsbau-Offiziersstellvertreter, Zeugführer, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Unterzahlmeister, Untersektoren und sonstige Gehalt empfangende Unteroffiziere ihre Wäsche selbst zu besorgen haben, ist, wenn der betreffende Antragsteller erstmalig oder nach Krankheit oder Urlaub von neuem ins Feld geht, die Notwendigkeit der Anschaffung, falls der Antrag sich in angemessenen Grenzen hält, in Bezug auf Wäsche als gegeben anzusehen.

3. Uniformstücke für Militärpersonen unterliegen nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni 1916 nicht der Regelung.

Berlin, den 3. Juli 1916.

Reichsbekleidungsstelle.

Scheimer Rat Dr. Bentler.

Bekanntmachung betreffend Verkehr mit Fett.

Wie der Herr Reichskanzler (Reichsamt des Innern) dem Kriegsaussschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. B. S. unterm 12. Juli d. J. mitgeteilt hat, gelten die Vorschriften der Rohfett-Verordnung vom 16. März d. J. (Reichsblatt Nr. 28) auch für die von ausländischem Rindvieh und ausländischen Schafen gewonnenen Rohfette.

Gießen, den 14. Juli 1916.

Großherzogliches Preisamt Gießen
Dr. Unger.

Bekanntmachung

Nr. W. I. 1640/6. 16. R. R. M.

betreffend Beschlagnahme und Bestands- erhebung der deutschen Schaffschur und des Wollgefäßes bei den deutschen Gerbereien.

Vom 18. Juli 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit auf Ersuchen des Königl. Kriegsministeriums mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahme-Anordnungen auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357) in Verbindung mit den Ergänzungsbekanntmachungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645) und vom 20. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778) *) und jede Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen, betreffend Bestandserhebung auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) **) bestraft wird, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirklicht sind. Auch kann die Schließung des Betriebes, gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603), angeordnet werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: Der gesamte Vollertrag der deutschen Schaffschuren und das gesamte Wollgefäß bei den deutschen Gerbereien (auch das Wollgefäß von ausländischen Tellen), gleichviel, ob die Wolle sich auf den Schafen, bei den Schafhaltern oder an sonstigen Stellen befindet. (Kurz „Deutscher Vollertrag“ genannt.)

Ausgenommen von der Bekanntmachung sind diejenigen Vorräte an Wolle, welche gemäß der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme der deutschen Schaffschur W. I. 3808/8. 15. R. R. M. in das Eigentum der Kriegswollbedarf-Vereinigung in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 3, übergegangen sind.

§ 2.

Beschlagnahme.

Alle von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Bestimmungen Ausnahmen ergeben.

§ 3.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über diese nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit besonderer Zustimmung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums oder auf Grund der nachfolgenden Bestimmungen erfolgen.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirklicht sind, bestraft:

1. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseite-schafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft, oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
2. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
3. wer nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verheimlicht sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzu-richten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

§ 4.

Schurverlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist das Scheren der Schafe erlaubt, sofern es nicht zu einer früheren als der in anderen Jahren üblichen Zeit geschieht.

§ 5.

Waschverlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist innerhalb 12 Wochen nach dem Scheren oder Fallen die Ablieferung der Wolle an folgende Firmen:

1. Bremer Wollkammerei, Blumenthal, Brodthagen, Hannover,
2. Woll-Wäscherei und -Kammerei, Hannover-Döhren,
3. Leipziger Wollkammerei, Leipzig,
4. Hamburger Wollkammerei, Wilhelmshagen a. d. Elbe

zum Zwecke des Waschens gestattet. Die Erlaubnis, die Wolle an die vorstehenden Firmen abzuliefern, wird mit der Maßgabe erteilt, daß die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums das Recht hat anzuordnen, daß die bei einer der vorbezeichneten Firmen eingelieferten Wolle an eine andere der vorbezeichneten Firmen oder an die Firmen:

- Bremer Woll-Wäscherei, Wesum bei Bremen,
Kirchhainer Wollwäscherei G. m. b. H., Kirchhain N.-L.,
Deutsche Wollentfettung A.-G., Oberheinsdorf bei Reichenbach i. L.,
Wollwäscherei und Karbonisieranstalt Neuhütte, Gebr. Penk, Neuhütte bei Lengsfeld i. B.

zum Waschen weitergesandt werden. Durch eine derartige Anordnung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums entstehen dem Empfänger der Wolle keine besonderen Kosten.

Die Wasche der Wolle bei den vorbezeichneten Firmen erfolgt zu folgenden von der Preisvermittlung ihnen vorgeschriebenen Bedingungen:

1. Die Wolle ist frei nächste Bahnstation ihres Lagerortes zu senden.
2. Die Firmen sind verpflichtet, das Waschen der Wolle zu den Sägen von 0,325 Mark für 1 kg auf gewaschenes Gewicht gerechnet einschließlich Sortierung bis zu 20 v. H. Unter- und Nebenforten und 0,05 Mark für 1 kg Zuschlag auf gewaschenes Gewicht gerechnet bei Sortierung über 20 v. H. Unter- und Nebenforten bei sofortiger Barzahlung ohne jeden Abzug zu bewirken. Die Wolle ist gut verpackt einzuliefern.
3. Der Wolllohn ist vor Ablieferung der fertiggewaschenen Wolle zu erhalten.
4. Die Firmen sind verpflichtet, die Wolle binnen 8 Wochen nach Entlieferung kostenfrei, das heißt mit einem bei der Analyse festgestellten Zeitgehalt von höchstens 1/2 v. H. zu waschen und das Verkaufsgewicht auf einen Feuchtigkeitsgehalt von 17 v. H. konditioniert festzustellen.

Die Firmen unterstehen der dauernden Überwachung durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums.

§ 6.

Veräußerungsverlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme ist die Veräußerung und Lieferung der Wolle vor ihrer Entlieferung bei einer der im § 5 benannten Firmen oder innerhalb 10 Wochen nach ihrer Entlieferung allgemein erlaubt, mit Ausnahme der Veräußerung oder Lieferung an Verarbeiter.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 3, nimmt Angebote von Schafhaltern nur bei einer Menge von mindestens 1000 kg Rohwolle und von Nichtschafhaltern nur bei einer Menge von mindestens 7000 kg Rohwolle entgegen.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft stellt über jede an sie veräußerte Menge der beschlagnahmten Wolle eine Empfangsbekundigung aus.

§ 7.

Uebernahmepreise.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 3, wird für das nach § 5 festgestellte Verkaufs-gewicht reingewaschener Wolle frei einer der im § 5 bezeichneten Firmen dem Verkäufer

- a) soweit er Schafhalter ist, den auf Grund der durch die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1914 über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren festgesetzten Höchstpreise für gewaschene Wolle festgestellten Uebernahmepreis,
- b) soweit er nicht Schafhalter ist, diesen Uebernahmepreis zuzüglich 2 v. H. zahlen.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft wird die von ihr zu zahlenden Preise unter Zuziehung einer Sachverständigenkommission festsetzen.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft wird auf die zu gewährenden Preise vor endgültiger Regelung Abzugszahlungen gewähren.

Meldepflicht und Meldestelle.

Soweit die von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1) nicht innerhalb der im § 5 bestimmten Frist zum Wachsen eingeliefert oder nicht innerhalb der im § 6 bestimmten Frist an die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft veräußert worden sind, unterliegen sie einer Meldepflicht.

Die Meldungen haben monatlich zu erfolgen und sind an das Wollschmelzamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstraße 11, mit der Aufschrift „Betrifft Wollmelbung“ versehen, zu erhalten.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, ferner alle wirtschaftlichen Betriebe sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen (§ 8) haben, oder bei denen sich solche unter Zollaufsicht befinden.

Stichtag und Meldefrist.

Für die Meldepflicht ist bei der ersten Meldung der am Beginn des 18. Juli 1916 (Stichtag), bei den späteren Meldungen der am Beginn des 15. Tages des betreffenden Monats tatsächlich vorhandene Bestand an meldepflichtigen Gegenständen (§ 8) maßgebend. Die erste Meldung ist bis zum 31. Juli 1916, die folgenden Meldungen sind bis zum 25. Tage eines jeden Monats zu erstatten.

Enteignung.

Diejenigen Mengen Wolle, die nicht innerhalb der im § 5 bestimmten Frist zum Wachsen eingeliefert oder innerhalb der im § 6 bestimmten Frist an die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft veräußert sind, werden enteignet werden.

Freigabe.

Anträge auf Freigabe von Wolle können gestellt werden:

- von Schaafhaltern für geringe Mengen aus eigenem Besitz bis zum Höchstgewicht von 5 kg Rohgewicht (Schmutzwolle), die im eigenen Haushalt des Schaafhalters bearbeitet, verworren und verwendet werden sollen;
- nach Ablehnung des Kaufs der Wolle durch die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin für die abgelehnten Mengen.

Die freigegebenen Mengen sind gesondert von den übrigen zu halten.

Die Anträge sind (im Falle b unter genauer Angabe der abgelehnten Menge und Ueberlieferung eines Musters) an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion W. I., Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten, welche für die Entscheidung zuständig ist.

Uebergangsbestimmung.

Wollvorräte, die bei Inkrafttreten dieser Bekanntmachung vorhanden sind, dürfen ohne Rücksicht auf die im § 5 Abs. 1 bestimmte Frist innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Bekanntmachung gemäß den Bestimmungen des § 5 zum Wachsen abgeliefert und gemäß den Bestimmungen des § 6 veräußert werden. In allen übrigen Beziehungen findet die vorliegende Bekanntmachung auch auf diese Wollvorräte Anwendung.

Anfragen und Anträge.

Alle auf die vorstehenden Anordnungen bezüglichen Anfragen und Anträge sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion W. I., Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten und am Kopfe des Schreibens mit der Aufschrift „Wollbeschlagnahme“ zu versehen.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Bekanntmachung Nr. W. I., 3808/8. 15. R. R. A. wird durch diese Bekanntmachung aufgehoben.

Frankfurt (Main), den 18. Juli 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises Gießen.

Indem wir auf die vorstehende Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps verweisen, beauftragen wir Sie, folgendes alsbald ortstüblich bekannt zu machen: „Das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps hat unterm 18. Juli d. J. eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schaffschur und des Wollgefälles bei den deutschen Herdern erlassen. Diese Bekanntmachung enthält Bestimmungen über „von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände, Beschlagnahme, Schurverlaubnis, Wollschneidverlaubnis, Veräußerungsverlaubnis, Uebernahmepreise, Meldepflicht und Meldestelle, meldepflichtige Personen, Stichtag und

Meldefrist, Enteignung, Freigabe, Uebergangsbestimmung, Anfragen und Anträge, sowie Inkrafttreten“. Diese Bekanntmachung ist im Giesener Anzeiger enthalten und kann auf unserer Amtsstube eingesehen werden.“

Der Giesener Anzeiger, der obige Bekanntmachung enthält, ist von Ihnen auf Wunsch den Interessenten vorzulegen, letzteren auch auf etwaige Fragen eingehende Auskunft zu geben.

Gießen, den 18. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916.

Indem wir auf die Vorschriften in § 1 Abs. 1, § 2 Satz 1 und § 3 der Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern vom 6. Juli 1916 (Kreisblatt Nr. 76 von 1916) Bezug nehmen, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß durch Entschließung des Großh. Ministeriums des Innern vom 13. I. d. J. zu Nr. W. d. J. 12386 der Großh. Amtsgerichtsrat Großh. in Gießen mit Vertretung des Kreisrates sowohl hinsichtlich des Sachstoffes in der für den Bezirk der Landgemeinden des Kreises Gießen errichteten besonderen Stelle wie auch mit dem Vorsitz bei den Verhandlungen dieser Stelle betraut worden ist.

Gießen, den 17. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Verkehr mit Obst.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

„Wie wir erfahren haben, sollen nach Festsetzung der Höchstpreise für Obst einzelne Erzeuger, die früher Obst zum Verkauf gebracht haben, nunmehr mit Abgabe desselben zurückhalten. Bei dem Ernst der Zeit muß ein derartiges Verhalten aufs schärfste mißbilligt und es muß erwartet werden, daß jeder Obsterzeuger es als selbstverständliche wasserländische Pflicht erkennt, das Obst, soweit es nicht für seinen eigenen Bedarf nötig ist, zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. In diesem Fall wird sich für uns ein Vorgehen gemäß Paragraph 4 des Höchstpreisgesetzes, zwangsweise Uebernahme des Obstes und Verkauf auf Rechnung und Kosten des Besitzers, erübrigen. Die Liebe zum Vaterlande und den Wäldern muß bei jedem Deutschen Sonderinteressen unter allen Umständen zurücktreten lassen. Wir beauftragen Sie, im Sinne vorstehender Ausführungen auf die Bevölkerung einzumwirken. Wir hoffen jedoch bestimmt, daß bei der Einsicht der Bevölkerung die neuen Höchstpreisfestsetzungen ohne Schwierigkeiten zur Durchführung gelangen werden.“

Gießen, den 11. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Fahrpreisermäßigungen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises und Großh. Polizeiamt Gießen.

Das nachstehende Schreiben des Königl. Preuss. Kriegsministeriums vom 23. v. Mts. teilen wir Ihnen im Anschluß an unser Aufschreiben vom 6. Juli d. J. (Kreisblatt Nr. 73) zur Kenntnisnahme mit.

Gießen, den 13. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Nach Mitteilung von deutschen in der Schweiz internierten Kriegsgefangenen werden ihren Angehörigen, wenn sie zum Besuch der Internierten nach der Schweiz reisen wollen, in den Heimatsorten vielfach Schwierigkeiten bereitet. Es wird daher ergebenst mitgeteilt, daß die Angehörigen der Internierten diese jederzeit beiseite können. Als Ausweis für die Reise ist ein Auslandspaß erforderlich und genügend. Die Angehörigen (Eltern, Kinder, Geschwister, Ehefrau und Verlobte) der in der Schweiz Internierten werden auf den deutschen Bahnen zum halben Fahrpreis befördert. Diese Fahrkarten zum halben Preise werden von den Fahrkartenausgaben auf Grund des vorgeschriebenen Ausweises der Ortspolizeibehörde verabsolgt, der den Namen der Reisenden, Anfangs- und Endstation der Reise, Reiseweg und die mit Stempel und Unterschrift der Ortspolizeibehörde versehene Bescheinigung enthalten muß, daß die Reisenden Angehörige in der Schweiz internierter deutscher Kriegsteilnehmer sind. Auch entferntere Verwandte erlangen diese Fahrpreisermäßigung durch Vorlegen einer polizeilichen Bescheinigung darüber, daß die nächsten Angehörigen nicht mehr leben oder aus Alters-, Gesundheits- oder ähnlichen Rücksichten nicht reisefähig sind.

Es würde sich empfehlen, gegebenenfalls diesen Leuten Mittel für den Unterhalt in der Schweiz durch das Rote Kreuz zuzuwenden, wobei zu bedenken ist, daß unsichere und mit wenig Mitteln ausgestattete Existenzen das Ansehen des Deutschen Reichs im Ausland schädigen können.